

Satzung des Kreises Bergstraße

über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige

vom 12. Oktober 2015

Aufgrund des § 5 in Verbindung mit § 18 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I Seite 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2015 (GVBl. I Seite 158), und § 27 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I Seite 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2015 (GVBl. I Seite 158, berichtigt S. 188), hat der Kreistag in seiner Sitzung am 12. Oktober 2015 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Umfang der Entschädigung

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses, deren Hilfsorganen und anderer Gremien, die beim Landkreis Bergstraße oder bei der Behörde des Landrats gebildet sind, wenn sie diesen Organen und Gremien angehören oder zur Teilnahme an deren Sitzungen verpflichtet sind,

Ersatz des Verdienstausfalles gemäß § 2
Ersatz der Fahrtkosten gemäß § 3
Aufwandsentschädigung gemäß § 4.
- (2) Als Sitzungen gelten auch Besichtigungsfahrten, zu denen die ehrenamtlich Tätigen in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Mitgliedschaft in einem Organ oder Gremium nach Absatz 1 durch die Vorsitzenden des Kreistages, der Kreistagsausschüsse, des Kreisausschusses und der Kommissionen oder die Landrätin/den Landrat, die/den hauptamtliche/n Erste/n Kreisbeigeordnete/n oder die weiteren Dezernenten eingeladen wurden.
- (3) Der Entschädigungsanspruch nach Absatz 1 besteht auch für die Ausübung von sonstigen Dienstgeschäften, zu denen ehrenamtlich Tätige in unmittelbarem Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder Gremium nach Absatz 1 durch die Vorsitzenden des Kreistages, der Kreistagsausschüsse, des Kreisausschusses und der Kommissionen oder die Landrätin/den Landrat, die/den hauptamtliche/n Erste/n Kreisbeigeordnete/n oder die weiteren Dezernenten beauftragt wurden.
- (4) Entschädigungen nach den Bestimmungen dieser Satzung erhalten auch diejenigen ehrenamtlich Tätigen, die durch den Kreistag oder den Kreisausschuss oder deren Vorsitzenden oder deren Vorsitzende in ein anderes als den in Absatz 1 genannten Gremien gewählt oder entsandt worden sind.
- (5) Die Regelungen der Absätze 1 und 2 gelten sinngemäß auch für beim Kreis ehrenamtlich Tätige mit gesetzlich festgelegten Sonderfunktionen, die gemäß § 27 HGO in Verbindung mit § 18 HKO entschädigt werden sollen (z.B. Patientenfürsprecherin oder Patientenfürsprecher nach § 7 Hessisches Krankenhausgesetz).
- (6) Die Entschädigung nach Absatz 1 erhält nicht, wem bei ehrenamtlicher Tätigkeit im Sinne des § 27 HGO eine Entschädigung von dritter Seite oder eine Entschädigung nach sonstigen Vorschriften zusteht.

§ 2

Verdienstaussfall

- 1) Ehrenamtlich Tätigen, denen nachweisbar ein Verdienstaussfall entstehen kann, wird eine Verdienstaussfallpauschale je Sitzungstag, wie nachfolgend gestaffelt, gewährt:
 - a) bei einer Sitzungsdauer bis zu einer Stunde: 26,00 Euro
 - b) bei einer Sitzungsdauer über einer Stunde: 51,00 Euro
- (2) Der Durchschnittssatz nach Absatz 1 wird ohne Nachweis auch Hausfrauen und Hausmännern gezahlt.
- (3) Anstelle des Durchschnittssatzes nach Absatz 1 kann der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaussfall verlangt werden; dies gilt auch für erforderliche Aufwendungen, die wegen Inanspruchnahme einer Ersatzkraft zur Betreuung von Kindern, Alten, Kranken und Behinderten entstehen. Selbständig Tätige erhalten auf Antrag anstelle des Durchschnittssatzes eine Verdienstaussfallpauschale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens festgesetzt wird. Der einheitliche Höchstbetrag je Stunde, der bei dem Ersatz des Verdienstaussfalls nicht überschritten werden darf, beträgt 35,00 Euro. Der Ersatz des Verdienstaussfalls ist auf 105,00 Euro je Sitzungstag beschränkt.

§ 3

Fahrtkosten

Ehrenamtlich Tätige erhalten Ersatz ihrer tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrtkosten nach den Vorschriften des Hessischen Reisekostengesetzes (HRKG).

§ 4

Aufwandsentschädigung

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten zur pauschalen Abgeltung entstehenden Aufwands für die Teilnahme an Sitzungen, Besichtigungsfahrten und sonstigen Dienstgeschäften eine Aufwandsentschädigung von 30,00 Euro für bis zu zwei Termine am Tage.
- (2) Die Teilnahme von ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten an Sitzungen von Ausschüssen des Kreistages und Kommissionen des Kreisausschusses, denen sie nicht angehören, ist, soweit nicht eine Einzelfallvertretung für den Landrat oder den Ersten Kreisbeigeordneten vorliegt, mit der zusätzlichen monatlichen Pauschale nach Absatz 5 Buchstabe e) abgegolten.
- (3) Die Mitglieder des Kreistages und die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten erhalten außer der auf den Sitzungstag bezogenen Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 eine monatliche Grundaufwandsentschädigung von 20,00 Euro.
- (4) Mit dem Verzicht auf die Zurverfügungstellung von Einladungen, Niederschriften und Sitzungsunterlagen in schriftlicher Form und der Nutzung von bereitgestellten Unterlagen in elektronischer Form mittels eines eigenen mobilen Endgerätes wird eine zusätzliche monatliche Entschädigung von 15,00 Euro gezahlt.
Damit sind alle entstehenden Aufwendungen, wie zum Beispiel für Beschaffung, Vorhaltung, Betrieb und Reparatur von Endgeräten und die Kosten des Internetzugangs usw., abgegolten.

- (5) Die Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 1 und 2 wird für die Wahrnehmung besonderer Funktionen und die hierdurch entstehenden höheren Aufwendungen in der Weise erhöht, dass die Funktionsträger/die Funktionsträgerinnen hierfür zusätzlich monatlich eine Pauschale erhalten. Diese beträgt für
- a) den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Kreistages 200,00 Euro
 - b) die stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden 50,00 Euro
 - c) die Vorsitzenden der Kreistagsausschüsse 50,00 Euro
 - d) die Fraktionsvorsitzenden 200,00 Euro
 - e) die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten ohne Dezernat 120,00 Euro
 - f) die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten mit Dezernat 350,00 Euro.
- (6) Ehrenamtlich Tätige mit gesetzlichen Sonderfunktionen nach § 1 Absatz 5 erhalten neben den Entschädigungen nach den §§ 2 und 3 eine monatliche Aufwandsentschädigung wie folgt:
- Patientenfürsprecher/Patientenfürsprecherinnen für Krankenhäuser im Kreis Bergstraße bis 250 Betten 80,00 Euro und über 250 Betten 160,00 Euro. Bei Stellvertretung wird die Pauschale anteilig gezahlt.
- (7) Bei Besichtigungsfahrten und Dienstgeschäften im Sinne des § 1 Absatz 2, bei denen Aufwendungen für Übernachtungen erforderlich werden, wird zusätzlich Übernachtungsgeld in sinngemäßer Anwendung des HRKG gewährt.
- (8) Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses erhalten für die Einzelfallvertretung des Landrats bzw. des Kreisausschusses die Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 bis zu zweimal pro Tag. Gleiches gilt für den Kreistagsvorsitzenden sowie dessen Stellvertreterinnen und Stellvertreter bei Vertretung des Kreistages in der Öffentlichkeit und bei Terminen.
- (9) Sind die hauptamtlichen Mitglieder des Kreisausschusses gleichzeitig an der Wahrnehmung ihrer Dienstgeschäfte am Dienstsitz verhindert, so erhalten die zur Vertretung berufenen Kreisbeigeordneten für jeden Tag der Vertretung neben dem Ersatz des Verdienstausfalles, der Fahrtkosten und der Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 2 und 3 eine zusätzliche Aufwandsentschädigung von 31,00 Euro.
§ 1 Absatz 2 findet in diesem Falle keine Anwendung.
- (10) Mitglieder des Kreiswahlausschusses erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Wahlausschusses neben der Entschädigung gemäß §§ 2 und 3 eine Aufwandsentschädigung von 15,00 Euro je Sitzung.

§ 5

Fraktionssitzungen

- (1) Für die Teilnahme an jährlich bis zu höchstens 36 Fraktionssitzungen und Fraktionsvorstandssitzungen, Arbeitskreisen der Fraktionen sowie fraktionsübergreifenden Arbeitskreisen zu Sachthemen erhalten die Kreistagsabgeordneten und ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Entschädigungen nach den §§ 2, 3 und 4 Absatz 1.
- (2) Für eine zweitägige Klausurtagung pro Kalenderjahr werden nach vorheriger Genehmigung durch den Kreistagsvorsitzenden den Fraktionen für die Mitglieder, die eine Übernachtung in Anspruch nehmen, auf Nachweis bis zu 60,00 Euro pro Person erstattet. Die Gewährung von Sitzungsgeld für die Teilnahme an der Klausurtagung wird davon nicht berührt.

§ 6

Geschäftsführung der Fraktionen

Zu den sächlichen und personellen Aufwendungen der Geschäftsführung erhalten die Fraktionen aus Mitteln des Kreises Zuwendungen gemäß § 26 a Abs. 4 HKO, die sich zusammensetzen aus:

- a) einem jährlichen Sockelbetrag von
 - 4.000,00 Euro pro Fraktion bis 9 Fraktionsmitgliedern
 - 5.000,00 Euro pro Fraktion von 10 bis 19 Fraktionsmitgliedern
 - 6.000,00 Euro pro Fraktion von 20 bis 29 Fraktionsmitgliedern
 - 7.000,00 Euro pro Fraktion ab 30 Fraktionsmitgliedern

und

- b) einem jährlichen Betrag von 700,00 Euro pro Fraktionsmitglied.

§ 7

Kommunalpolitische Schulungslehrgänge

- (1) Für die Teilnahme an kommunalpolitischen Schulungslehrgängen werden die Entschädigungen nach den §§ 2, 3 und 4 Absatz 1 und gegebenenfalls auch Absatz 7 gezahlt, sofern entsprechende Leistungen nicht von dritter Seite gewährt werden.
- (2) Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss legt die Zahl der Teilnehmer/der Teilnehmerinnen an kommunalpolitischen Schulungslehrgängen und ihre Aufteilung auf die Fraktionen zu Beginn einer Wahlzeit für deren Dauer fest.
- (3) Lehrgangsgebühren übernimmt der Kreis.

§ 8

Schlussvorschrift

- (1) Diese Satzung tritt mit Ausnahme von § 4 Absatz 4 am 1. November 2015 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 10. Dezember 2012 außer Kraft.
- (2) § 4 Absatz 4 tritt zum 1. April 2016 in Kraft.
- (3) Die §§ 6 und 7 der Satzung entfallen ab 1. April 2016.

Heppenheim, 12. Oktober 2015

Kreis Bergstraße
Der Kreisausschuss

gez. Christian Engelhardt

Landrat

Erste Änderungssatzung
vom 18.06.2018
zur Satzung
des Kreises Bergstraße
über die Gewährung
von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige
vom 12. Oktober 2015

Aufgrund des § 5 in Verbindung mit § 18 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I Seite 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2015 (GVBl. I Seite 158), und § 27 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I Seite 142), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 25. April 2018 (GVBl. I Seite 59), hat der Kreistag in seiner Sitzung am 18.06.2018 folgende erste Änderungssatzung zur Satzung über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige vom 12. Oktober 2015 beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige vom 12. Oktober 2015 wird wie folgt geändert:

Es wird im Anschluss an § 4 Aufwandsentschädigung ein neuer § 4 a Einsatzleitung Rettungsdienst eingefügt:

„§ 4 a Einsatzleitung Rettungsdienst

(1) Die vom Landkreis Bergstraße bestellten Leitenden Notärzte/ Notärztinnen erhalten bei Nutzung eines kreiseigenen Kommando-Fahrzeuges eine Aufwands-entschädigung von 5 EURO pro Stunde für die mit der Wahrnehmung des Ehrenamtes verbundenen persönlichen Aufwendungen.

(2) Bei Nutzung ihres vom Regierungspräsidium Gießen anerkannten Privatfahrzeuges mit Sonderausstattung erhalten die vom Landkreis Bergstraße bestellten Leitenden Notärzte/ Notärztinnen eine Zahlung von 7 EURO pro Stunde für die mit der Wahrnehmung des Ehrenamtes verbundenen persönlichen Aufwendungen und die Wegstreckenentschädigung, die damit abgegolten ist.

(3) Die vom Landkreis Bergstraße bestellten Organisatorischen Leiter/ Leiterinnen Rettungsdienst erhalten eine Aufwandsentschädigung von 5 EURO pro Stunde für die mit der Wahrnehmung des Ehrenamtes verbundenen persönlichen Aufwendungen.

(4) Die Zahlung erfolgt in den Fällen der Absätze 1 bis 3 im Regelfall pauschal für jede 12-Stunden-Schicht und wird monatlich anhand der tatsächlich geleisteten Dienste laut vorgelegtem Dienstplan gezahlt.

(5) Ein Anspruch auf weitere Einsatz- oder Versorgungspauschalen besteht nicht.

Die vorstehenden Absätze stellen eine Sonderregelung für die Einsatzleitung Rettungsdienst dar. Weitere Regelungen zur Ausstattung dieser ehrenamtlich Tätigen sind hiervon unberührt.“

Artikel 2

§ 8 Schlussvorschrift wird durch einen Absatz 4 ergänzt:

„(4) § 4 a tritt mit Ausnahme von § 4 a Abs. 3 am 01.07.2018 in Kraft. § 4 a Abs. 3 tritt am 01.01.2019 in Kraft.“

Artikel 3

Die übrigen Vorschriften der Satzung über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige vom 12. Oktober 2015 bestehen unverändert fort.

Artikel 4

Diese erste Änderungssatzung tritt am 01.07.2018 in Kraft.

gez.

Christian Engelhardt

Landrat